

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Aus Gmunden verlautet, daß die Verlobung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin mit Alexandra, der zweiten Tochter des Herzogs von Cumberland, bereits vollzogen ist. Die offizielle Bekanntgabe der Verlobung soll am 21. Dezember, dem Silberhochzeitstage des Herzogs, erfolgen. Der Großherzog ist am 9. April 1882, die Prinzessin am 29. September 1882 geboren.

* Die Etatsberatung im Reichstage soll nach der Vereinbarung des Seniorenkongresses vom 12. bis 14. d. unterbrochen werden, damit zunächst die Vorlage über die Verlängerung des deutsch-englischen Handelsprovisoriums erledigt werde. Nach Beendigung der ersten Lesung des Etats sollen die Weihnachtsserien beginnen.

* Im Reichstage haben sich die Antisemiten und die ihnen nahestehenden Gruppen zu einer „wirtschaftlichen Vereinigung“ zusammengeschlossen und damit dem Hause gegenüber sich die Rechte einer Fraktion gewahrt. Der wirtschaftlichen Vereinigung gehören die drei antisemitischen Gruppen: Reformen, Deutsch-Soziale und Christlich-Soziale, sowie die bayrischen und württembergischen Bauernbündler an.

* Die einzelstaatlichen Entschlüsse über den ersten Entwurf wegen des Verfalls der Verträge sind teilweise zu spät eingegangen, um es zu ermöglichen, daß der in Frage stehende Gesetzesentwurf früher als in der zweiten Lesung der laufenden Legislaturperiode an den Reichstag gelangen wird.

* In Zentrumsreisen beabsichtigt man, einen Antrag einzubringen, wonach Postfreiheit gewährt werden soll für Pakete, welche Soldaten nach Hause senden, sowie einen Antrag, wonach im Interesse der heimischen Landwirtschaft die Einberufung nicht während der Heuernte stattfinden darf und denjenigen Gemeinden, welche in außergewöhnlicher Weise von Einquartierungen Lasten betroffen werden, eine erhöhte Entschädigung hierfür zu teil wird.

* Über das Volksschulwesen im Reich werden nach den letzten Jahresergebnissen der einzelnen Bundesstaaten folgende statistischen Angaben mitgeteilt: Die Zahl der öffentlichen Volksschulen betrug 58 164; an ihnen unterrichteten 122 145 Lehrer und 22 339 Lehrerinnen. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen der öffentlichen Volksschulen belief sich auf 8 829 812. Die gesamten Jahresausgaben für die öffentlichen Volksschulen betragen nahezu 413 Mill. Mk.; davon wurden von den Staaten rund 120 Millionen beigesteuert. Auf eine Lehrkraft entfielen im Durchschnitt 61 Schüler; jeder Volksschüler verursachte einen durchschnittlichen Kostenaufwand von 47 Mk. jährlich. Außer den öffentlichen Volksschulen bestanden noch 614 Privatschulen mit Volksschulziel, die von 39 199 Kindern besucht wurden.

* Das Schicksal des Kartenbriefes scheint endgültig besiegelt zu sein. Die Nachfrage nach dem Kartenbrief ist seit seiner Einführung stetig zurückgegangen. Es kommen jetzt wenig über 40 Kartenbriefe auf eine Verkaufsstelle im ganzen Jahr. Im Durchschnitt kommt noch nicht ein Kartenbrief bei jedem Postamt in der Woche zum Verkauf. Wenn auch noch keine Entscheidung vorliegt, so dürfte doch die Abschaffung des unbeliebten Verkehrsmittels nur eine Frage der Zeit sein.

* Eine Erweiterung der Tätigkeit der Schöffengerichte nach oben hin steht in Aussicht. Diese Ankündigung machte der hiesige Justizminister Dr. Dittmar dem Gesetzgebungsausschuß der zweiten Kammer. Die Vorräte der Schöffengerichte erfordern die Funktionen des Feldrätgerichte der Schöffengerichte zuzuwenden. Gegen eine derartige Vermehrung der Tätigkeit der Schöffengerichte erhob der Justizminister Widerspruch mit dem obigen Hinweis, daß eine Erweiterung der Tätigkeit dieser Gerichte nach oben hin, hauptsächlich zur Entlastung der Strafkammern, erwogen werde. Dieser Umstand sei

als ein erfreuliches Zeichen der ersprießlichen Arbeit der Schöffengerichte zu begrüßen.

* Aus der Schutztruppe für Deutsch-Südwest-Afrika treffen Ende März 1904 225 Mann in Deutschland ein, die aus der Schutztruppe ausgeschieden sind. Der Ertrag tritt im Januar 1904 die Ausreise nach Deutsch-Südwest-Afrika an.

Osterreich-Ungarn.

* Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat man sich wieder einmal vergebens bemüht, das festgefahrene Arbeitslosgesetz zu machen. Der Versuch, die Vorlage betr. die Geschäftsordnungs-Reform zur Verhandlung zu bringen, ist an dem Widerstande der kleineren Parteien gescheitert, da diese sich weigerten, ihre Dringlichkeitsanträge zurückzustellen. Tatsächlich hätte die geplante Reform nur die Obstruktion kleiner Gruppen unmöglich gemacht, aber nicht diejenige großer Parteien. Das Abgeordnetenhaus muß sich also nach den Weihnachtsserien mit den tschechischen Dringlichkeitsanträgen beschäftigen.

* Das Haus hat seine Tagung beendet, ohne daß auch nur die geringste positive Arbeit geleistet worden wäre. Alle Parteien sind empört über das frivole Spiel der tschechischen Obstruktion, und es festigt sich überall die Überzeugung, daß endlich Wandel geschaffen werden müsse. Wenn nach der Tagung der Delegationen die Tschechen nicht zu besserer Einsicht kommen, wird der Reichstag aufgelöst werden und gleichzeitig mit dem Wollzug der Neuwahlen werden auch noch andere wichtige Reformen geplant, welche die Arbeitsfähigkeit des Hauses ermöglichen sollen. Nicht nur die Deutschen, sondern auch die Polen und die Klerikalen sind entschlossen, die Wiederholung einer so gänzlich unfruchtbaren Session, wie es die abgelaufene war, nicht mehr zu dulden.

* Die österreichischen Offiziere müssen laut neuerer Verordnung künftig insgesamt neben dem Deutschen noch eine zweite Landessprache beherrschen.

Italien.

* Wie das Pariser Journal aus Rom berichtet, hat der Papst eine Prüfung der von der katholischen Kirche verehrten Reliquien angeordnet. Sämtliche Reliquien, deren Echtheit nicht unzweifelhaft feststeht, sollen vernichtet werden.

Portugal.

* König Alfons von Spanien ist am Donnerstag zum Besuch des portugiesischen Hofes in Lissabon eingetroffen.

Balkanstaaten.

* Der Vorschlag, zum Oberkommandanten für die mazedonische Gendarmerie einen Italiener zu ernennen, hat die Billigung sämtlicher Großmächte gefunden. Italien wird in den nächsten Tagen seinen Kandidaten namhaft machen. Der Oberkommandant erhält bekanntlich einen österreichisch-ungarischen und einen russischen Gehilfen. England verlangt nun für sich ebenfalls das Recht, einen Adjunkten zu stellen.

* Die dienhabenden Offiziere um die Person des Königs Peter, die als Teilnehmer an dem Komplott gegen den König Alexander bekannt sind, sollen in der nächsten Zeit von ihren Posten am Hofe entfernt werden. Um Aufsehen dabei zu vermeiden, wird dies auf Grund des neuen Hofdienst-Reglements geschehen, welches bestimmt, daß die Personen des Hofdienstes nach je sechs Monaten gewechselt werden können. Zu Neujahr ist diese Frist für den ersten Hofdienst abgelaufen, und man erwartet, daß dann von dieser Bestimmung des Reglements Gebrauch gemacht werde. Eine andere Meldung behauptet, Österreich und Rußland verlangten, daß die kompromittierten Offiziere nicht bloß aus der Umgebung des Königs, sondern auch aus der serbischen Armee entfernt werden.

Amerika.

* Die Washingtoner Bundes-Regierung entsendet 3000 Mann nach Panama. Angehts der aus dem Kanalvertrage von Nordamerika zu erwartenden 10 Mill. Dollar werden

in Panama heftige Kämpfe um die höchsten Staatsämter entbrennen.

* Die Ver. Staaten haben am Donnerstag von Guantanamo auf Cuba als amerikanischer Flottenstation Besitz ergriffen. Zu dem Akte, der ohne besondere Feierlichkeit vor sich gieng, waren 400 amerikanische Seefolken und 300 Matrosen gelandet worden.

Afrika.

* Die im englischen Heere dienenden Somali-Leute haben sich nach einem in Aden umlaufenden Gerücht empört und dem tolenen Mullah angeschlossen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die erste Etatsberatung in Verbindung mit der Beratung der Vorlage betr. die Finanzreform fort. Abg. Bebel bezeichnete die Lage der Finanzen als eine trostlose. Das Zentrum habe durch seine Bewilligungen für Heer, Flotte und Marine die jetzige Finanzmisere herbeigeführt. Bei Besprechung der Lage von Klauschou meinte Nebner, Deutschland solle Rußland gegenüber im fernem Osten wenigstens sein moralisches Gewicht in die Waagschale werfen. Anknüpfend an die Heeresforderungen tabelte er den überhandnehmenden Paradedrill, bekämpfte die Wehrsteuer und wandte sich der Handelsvertragsfrage zu. Nebner führte Beschwerde über Verletzung des Koalitionsrechtes durch das Unternehmertum, wobei er auf den Streit in Krimmischau zu sprechen kam. Reichstanzler Graf v. Bülow wies die Angriffe Bebel's gegen die Armee energisch zurück, behauptete, daß Bebel durch seine Anschuldigungen über Rußland unsere guten Beziehungen zu dem Nachbarreich före, und erklärte die Beschlüsse wegen Einführung von Schiffabgaben unter Hinweis auf die Reichsversammlung für unbegründet. Graf Bülow ironisierte den Ruf des Abg. Bebel nach mehr Freiheit unter Hinweis auf die Tatsache, daß keine Partei die Rede und Koalitionsfreiheit anderer Parteien weniger achte, als die Sozialdemokratie; daß habe man auf dem Dresdener Parteitag gesehen. Die Sozialdemokratie handle nach dem Motto: Wollst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein. Es sprach sich noch der fälsch. Bevollmächtigte Fischer, der die beherrschenden Maßnahmen im Krimmischauer Streik rechtfertigte, und Abg. Graf Stolberg.

Am 11. d. wird die erste Beratung des Etats und des Gesetzes her. Änderungen im Reichsfinanzwesen fortgesetzt.

Abg. Sattler (nat.-lib.) gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kaiser bald völlig von seiner Krankheit genesen sein werde, und wendet sich dann zunächst der durch den Grafen Stolberg angeregten Frage zu, ob sich nicht eine Vereinigung der Rechnungskommission mit der Budgetkommission empfehle. Nebner steht dem Gedanken sympathisch gegenüber. Zur Finanzreform übergehend — gibt er zunächst einen Überblick über die Entwicklung unserer finanziellen Verhältnisse. In dem dem Hause vorgelegten Entwurfe bezeichnet er die Bestimmung über die Verwendung der Überschüsse als einen erfreulichen Fortschritt. Nebner verlangt zum Mittäretat Maßnahmen gegen den Luxus im Offizierskorps und gegen die Soldatenmishandlungen. Durch bessere Bezahlung der Unteroffiziere werde man besseres Menschennaterial gewinnen. Nach einer Polemik gegen Polen und Welfen beauftragte Nebner, daß Offiziere nicht schon früher aus dem Marinebiennt entlassen sei, und tritt für Schaffung einer Reichseisenbahngesellschaft ein. Das Vorgehen müsse geändert werden, um der Erschütterung von Treu und Glauben im Handel ein Ende zu machen, ebenso müßten die Börsenrenten erniedrigt werden. Hohe Zeit sei es, daß die Regierung endlich dem Diätenantrag zustimme. Nebner bekämpft den Toleranz- und Jesuitenantrag des Zentrums und behauptet sodann die in den Anträgen der National-liberalen niedergelegten sozialpolitischen Forderungen unter Polemik gegen die Sozialdemokratie.

Kriegsminister v. Gienem gibt dem Bedauern Ausdruck, daß er bei seinem ersten Auftreten als Minister so peinliche Dinge zu besprechen habe, wie sie in der Diskussion berührt worden seien. Der Fall Forbach sei belanglos, aber es sei ein Ausnahmefall. Die dort bloßgestellten Offiziere seien nicht deutsche Offiziere dem Geste nach gewesen, und schwere Schuld treffe die Schwäche des Bataillonskommandeurs, der seine Stellung nicht ausgefüllt habe. Weder die kleine Garnison sei verantwortlich zu machen, noch handle es sich um Offiziere, die zum Train berufen seien. Der Train ergänze sein Offizierskorps selbständig. Auch von zu großer Exzelsivität der Offiziere könne nicht die Rede sein. Er verbiene sich dafür, daß ein zweites Forbach in der preussischen Armee nicht möglich sei. Die Abnahme

der Mishandlungsfälle belegt der Kriegsminister mit einer Statistik. Er sei der Meinung, daß die der Armee zum schwersten Schaden gereichenden Missetaten ganz verschwinden müßten, wie es der wiederholt kundgegebene Wille des Kaisers selbst sei. Aber kleine Täuschungen, zu denen oft der passive Widerstand Willkür der Unteroffiziere reize, könnten niemals ganz ausgeschlossen werden. Über solche Täuschungen pflege man sich ja auch nicht aufzuregen, wenn sie Arbeiter gegen Arbeiter ausübten. Das mit der Armee im engsten Zusammenhange stehende Volk habe gewiß ein Recht, über alle Vorgänge unterrichtet zu sein, aber es wäre verhängnisvoll, wenn eine Kritik, die nur darauf ausgehe, dem Soldaten die Freundschaft des Dienstes zu nehmen, die Oberhand gewinnen sollte. Der Behauptung des Abg. Bebel, daß das Gesetz von 1896 eine minderwertige Waffe sei und daß bei seiner Einführung bereits ein fertiges Rohmaterial vorgelegen habe, tritt der Minister an der Hand historischer Tatsachen entgegen. Er würde, obwohl wir zu einem Rohmaterialaufgeschichte kommen müßten, dem jetzigen deutschen Gesetze vor dem zu schweren und zu komplizierten französischen immer noch den Vorrang geben.

Abg. Richter (fr. Rp.) gibt dem Kriegsminister darin recht, daß die Forbacher Vorgänge nicht als typisch anzusehen seien; die Hauptschuld trüge die Absonderung der Offiziere in den Kasinos, wodurch auch der Luxus befördert werde. Bezüglich der Soldatenmishandlungen sei es zu begriffen, daß wir jetzt die Öffentlichkeit des Verfahrens hätten. Auf die Finanzfragen übergehend, bezeichnet er die Lex Stengel als einen Versuch des früheren bayerischen Staatsrats, die ungedeckten Matrifularbeiträge ganz aus der Welt zu schaffen, und als Nötigung zu neuen indirekten Steuern. Im übrigen polemisiert Richter gegen Aufrechterhaltung der ofafiatistischen Belastung und gegen die Kolonialbahnen, wobei er den Vorschlag macht, Südwestafrika den Büren zu überlassen. Schließlich kommt Abg. Richter nochmals auf die finanziellen Fragen zu sprechen. Das Reichsfinanzamt sei nichts als eine Art Oberbuchhalterei, daher hätten seine Reformen auch nur einen rein formalen Charakter. Dringend notwendig sei ein selbständiger Reichsfinanzminister, denn der Bundesrat sei doch nichts als eine Schutztruppe der Einzelstaaten gegen Erhöhung der Matrifularbeiträge.

Reichsfinanzsekretär Frhr. v. Stengel: Eine höhere Belastung der Einzelstaaten durch Matrifularbeiträge ist ausgeschlossen. Die vom Herrn Vorredner gewünschte Vorlage über die Börsensteuer hoffe ich im Januar einbringen zu können. Das Bewilligungsrecht des Reichstages wird durch die Finanzreformvorlage nicht angefaßt, da ein beweglicher Faktor von 100 Millionen bleibt. Auch die Matrifularbeiträge sollen als äußerer Nothbehelf erhalten bleiben. Mit neuen Steuern hat die Vorlage nichts zu tun. Ich hoffe also, daß die Vorlage nach vorurteilsfreier Prüfung in der Kommission schließlich Annahme findet.

Abg. v. Kardorff (freikons.): Mit dem Gedanken der Reichseinkommensteuer wird von den verschiedenen Parteien direkt unläuterer Wettbewerb getrieben. Die Herren wissen doch genau, daß eine Majorität für diese Steuer in zehn, zwanzig Jahren nicht zu haben ist. Wir fahren mit Windmühle in den Zukunftsaat hinein; wenn man anderthalb Millionen auf die Milläner abrechnet, so bleiben noch anderthalb Millionen wirkliche Sozialdemokraten übrig. Auch 1848 haben wir nicht an eine Revolution geglaubt, aber bei den Revolutionen verlieren alle Menschen den Kopf. Beharrlich ist, daß das Sozialengesetz seinerzeit durch ein Mißverständnis aufgehoben worden sei. Mindestens muß man allen Sozialdemokraten das aktive und passive Wahlrecht nehmen. — Darauf wird die Weiterberatung vertagt.

Von Nah und fern.

Die feierliche Verteilung der vier Nobelpreise fand am Donnerstag abend in Stockholm in Gegenwart des Königs statt. Die drei anwesenden Empfänger der Preise, Becquerel, Arhenius und Björnson, nahmen aus der Hand des Königs die Preise und die goldene Nobelmedaille entgegen. Jensen-Koppehagen, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, wurde durch den dänischen Gesandten, das Ehepaar Curie-Paris, das ebenfalls nicht anwesend war, durch den französischen Gesandten vertreten.

Die Erkrankung des Reichstagsabgeordneten v. Volkmar führt die sozialdemokratische Münch. Post auf die Tatsache zurück, daß er in dem Zuge lag, der bei Schöngelting entgleiste. Hier habe er offenbar eine Erschütterung des Rückenmarks erlitten, die ziemlich schwere Folgen zeitigte.

Herta Falk.

Roman von Theodor Almar.

„Das Rezept war ganz in Ordnung, gab eine schwache Dosis des Giftes an, wie die Ärzte sie bei gewissen Herzleiden verschreiben. Auch in der Apotheke war kein Irrtum begangen worden, das konnte bewiesen werden.“

„Sonderbar!“

Die Sektion der Leiche wurde vorgenommen und die Untersuchung wies Symptome von Digitalinvergiftung nach.

„Aber die Beweggründe zu solcher Tat?“

„Erbschleicherei! Es hieß, Falk hätte davon gewußt, daß die Baronin zu seinen Gunsten ein Testament gemacht habe, jedoch im Begriff gewesen sei, daselbe wieder aufzuheben, da sie sich in letzter Zeit mit einem in Amerika lebenden Neffen — ihr nächster und einziger Verwandter, mit welchem sie lange Zeit entzweit gewesen sei — wieder ausgeöhnt hätte und diesem seine Ansprüche nun doch nicht schmälern wollte. Dies zu verhindern, hätte den Doktor bezogen, ihr eine kräftige Dosis des seit Jahren gegen ein Herzleiden bei der Baronin angewendeten Mittels zu verabreichen. Es wurde angenommen, daß Falk zu der aus der Apotheke verschriebenen Arznei noch im Besitz von Digitalin gewesen sein müsse und daß er die Dosis eigenhändig verstärkt hätte am Abend vor dem Tode seiner Patientin, wo er dieselbe zum letzten Male gesehen und stundenlang allein mit ihr im Zimmer war. Unerkennlich! Ein Falk als Erbschleicher!

— Es wurde auch in der Tat ein von der Hand der Baronin geschriebener „Letzter Wille“, in welchem Falk zum Erben eingesezt, der Neffe aber nur mit einem verhältnismäßig mageren Legate bedacht war, in dem Schreibtische der Verstorbenen gefunden.

Vergebens waren alle Versicherungen Falks, daß er unschuldig an dem Tode seiner von ihm verehrten Patientin sei, daß er nichts von den Verfügungen derselben über ihr Vermögen gewußt und sich den Fall nicht erklären könne. Die Angaben der Zeugen und das was die Dienerschaft der Verstorbenen, vor allen die alte Ulrike, beizubringen den Doktor aber demachen, daß der Staatsanwalt einschreiten mußte. Die Kunde von der Verhaftung Falks ergoß sich wie ein Lauffeuer durch Stadt und Umgebung. Niemand wollte anfangs daran glauben; der Fall schien so unwahrscheinlich, daß Feind und Freund daran zweifelten. Unser bejauener, opferwilliger, stets anderen zu helfen bereiter, menschenfreundlicher Falk ein Erbschleicher und Giftmischer — das konnte ja nicht sein! Das konnte nur eine Mär, ein giftiges Geschwätz, eine boshafte, teuflische Erfindung sein!

Der Direktor des Stadtgefängnisses war Falk besessener. Ich besuchte diesen und tiefbetäubt teilte derselbe mir mit, daß die Sache um den Halbgott der Stadt doch recht schlimm stehe, da alle Erhebungen ihn belasteten. Nach den äußeren Umständen waren es die Aussagen der erwähnten Dienerschaft der Baronin, welche weit in die Vergangenheit giffen und manches hervorholten, was, durch niemand widerlegt,

weil eben für Falk keine Zeugen da waren, den Schein der Glaubhaftigkeit annahm. — Die Voruntersuchung ward, wie es schien, durch den Staatsanwalt selbst verzögert, weil derselbe immer hoffte, es werde sich zugunsten Falks irgend ein Umstand geltend machen lassen. Aber vergebliches Hoffen; es konnten außer Falks Unschuldsbeteuerungen keine Beweise für ihn beigebracht werden, um so weniger als man in seinem Besitze wirklich ein Gläschen mit purem Digitalin gefunden hatte. Endlich wurde der Tag der Gerichtsverhandlung angefezt, ohne Ausschluß der Öffentlichkeit, wie es anfangs hatte geschehen sollen. Du kannst dir gar keine Vorstellung von der Aufregung machen, welche an dem Tage in unserem Städtchen herrschte. Die Menschen strömten nach dem Gerichtsgebäude und lange vor Beginn der Verhandlung war der große Saal gefüllt. Hunderte fanden keinen Einlaß mehr. Nicht nur alle Bänke waren dicht gedrängt voll besetzt, die Leute standen Schulter an Schulter bis an die geschlossenen Türen. War doch ein jeder begierig, den Angeklagten zu sehen, der seiner Schuld schon so gut wie überführt war. Wie war man gespannt, den vortrefflichen Nebner sich vertheidigen zu hören! Wie wurden die Neugierigen aber und wenn er Feinde gehabt, auch diese gründlich enttäuscht! Das war nicht das Gesicht eines sich schuldig fühlenden Mannes, das war derselbe Falk, den wir lieben und schätzen gelernt hatten! Nein, unmöglich, das war kein Verbrecher! Aus seinen bleichen Wangen sprach wohl tiefes Leiden und Kummer, aber gleich-

zeitig eine unbeschreibliche Ruhe und Charakterfestigkeit. In seinem klaren Auge spiegelte sich Gebuld und Ergebung, und uns, seinen Freunden, war zumute, als wären wir vom Bann eines schrecklichen Traumes umfungen und als müßte jeden Augenblick etwas geschehen, das uns unsern Falk rein und goldtreu, wie wir ihn gekannt, wiedergeben würde. Aber es geschah nichts Derartiges, alles nahm seinen gesetzmäßigen Verlauf. Die Anklage wurde verlesen und als darauf Falk gefragt wurde, was er darauf zu erwidern habe und ob er seine Schuld eingesteh, erhob er sich von der Anklagebank und antwortete mit seiner metallklaren Stimme, so daß es im letzten Winkel des großen Saales deutlich zu hören war: daß er sich seiner Schuld bewußt sei, darum auch nichts einzugestehen habe.

Nun wurden die vier Zeugen vereidigt und nochmals verhört. Als erster der Kutscher Falks, welcher nichts auszusagen hatte, als daß er seinen Herrn öfter nach dem Landhof der Baronin Bardow gefahren habe, auch am Abend vor dem Tode derselben, daß er an dem Tage zwei Stunden oder wohl auch länger gewartet hätte, und daß er während dieser Zeit sich in der Dienerschaft aufgehalten hatte und mit der Köchin der Baronin, Auguste Stengel, welche seine Braut sei, sich von allerhand Dingen unterhalten hätte. Die anderen drei Zeugen machten keinen besonders angenehmen oder vertrauenerweckenden Eindruck auf mich, ohne daß ich hätte sagen können, warum. Die eben erwähnte Auguste Stengel machte ichen und ädgernd einige scheinbar gravierende Aussagen.